für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÄ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

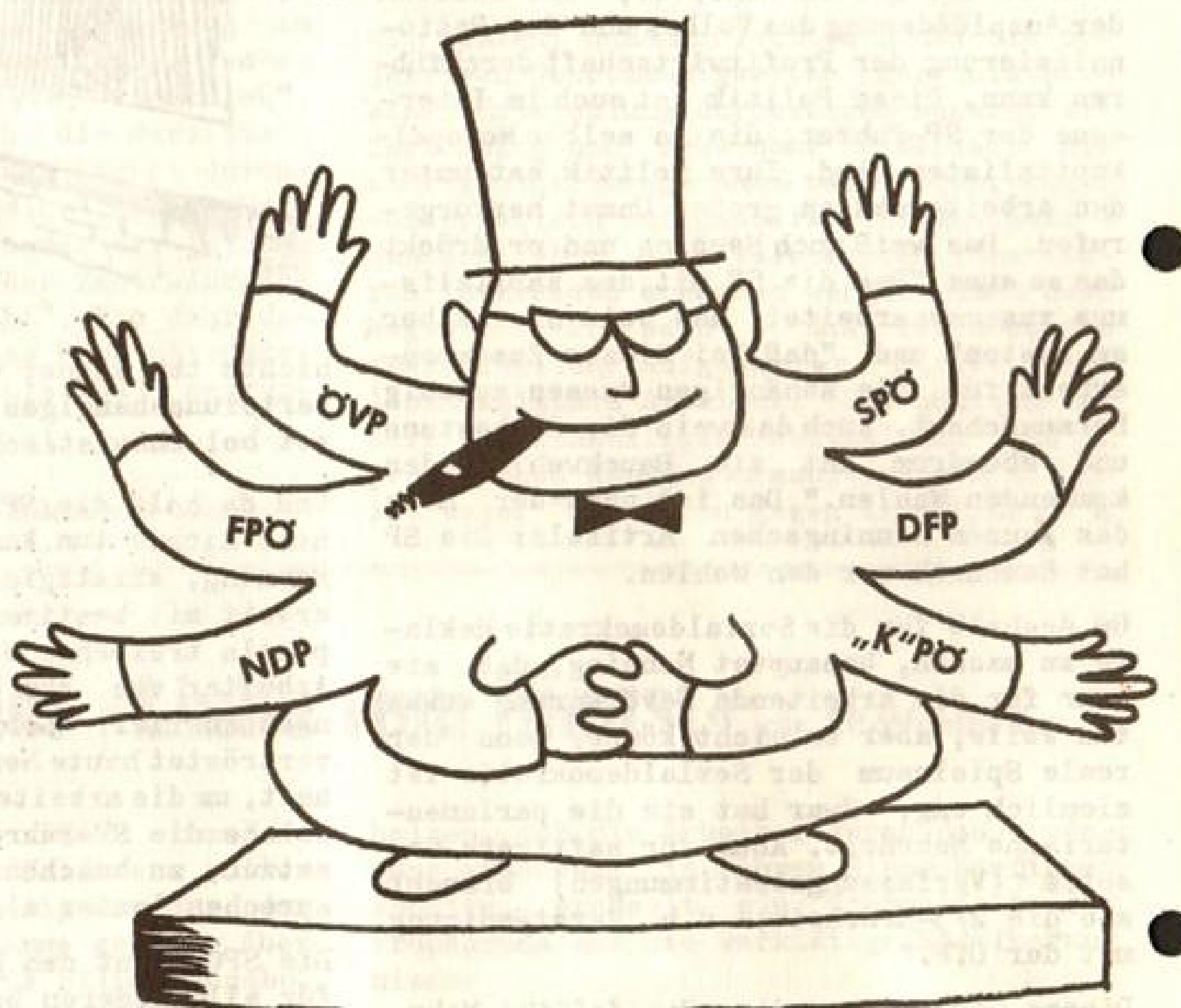
Der kapitalistische Staat und seine Handlanger

Österreich wird von einer Handvoll Millionäre beherrscht. Damit die Profitwirtschaft der Kapitalisten gedeihe, werden die Reallöhne gedrückt — durch systematisches Zurückhalten der Löhne gegenüber der Inflation, den ständig steigenden Preisen und Tarifen sowie durch wachsenden Steuerdruck;

wird die Arbeitszeit faktisch verlängert — durch notgedrungen geleistete Überstunden, Pfusch, Arbeit der Frau usw. —, weil der Mann mit dem Verdienst aus der angeblich „verkürzten" Arbeitszeit die Familie nicht erhalten kann;

wird die Arbeit intensiviert — durch Akkordschinderei, Rationalisierung und sonstige Antreiberei.

Damit sie diese Maßnahmen durchführen, erhalten die Politiker, hohen Bürokraten und leitenden Manager Riesengehälter und diverse Privilegien. Und damit das Volk dies alles schluckt, wird ihm eine verlogene „Demokratie" vorgegaukelt, wird es zur Wahlurne geschleppt, wo es den Herrschenden ein Alibi für ihre volksfeindliche Politik geben soll.



Kommen Sie am Freitag, dem 12. Oktober 1973, zu unserer Diskussion. Treffpunkt ist um 19 Uhr der Zirbel-Saal im „Bayrischen Hof", Wien 2, Taborstraße 39. Wir reden über das Thema

Wahlboykott!

Der Eintritt ist frei. Gäste sind uns herzlich willkommen.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 78



Diese Herren spielen falsch

Sie spielen nämlich das 30-Millionen-Schilling-Wahlkonzert. Und dazu singen sie die Ballade vom Wähler, der angeblich mitentscheiden darf. Doch das ist gelogen. Der kapitalistische Staat bleibt kapitalistisch, selbst wenn die Wähler für die – übrigens sehr gut bezahlten – Manager der „Arbeiter"parteien SPÖ oder „K"PÖ stimmen sollten. Deshalb: Boykottiert die Schwindelwahlen. Denn nach der Wahl zählen die Herrschenden jede gültige Stimme als Bejahung ihrer volksfeindlichen Politik.

Der Klassenkampf findet täglich im Betrieb statt, nicht alle paar Jahre im Wahllokal!

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien



Offener Brief

an alle Marxisten-Leninisten, an alle fortschrittlichen Kräfte!

Bis zum 21. Oktober wird auf die arbeitende Bevölkerung ein Trommelfeuer des Volksbetrugs herabprasseln. Diesen Tag hat Österreichs herrschende Klasse dazu bestimmt, in zwei Bundesländern das arbeitende Volk wieder einmal "entscheiden", "sein Schicksal bestimmen" zu lassen. In Wirklichkeit wollen sich die Machthaber an diesem Tag nur ein Alibi holen, um ihre volksfeindliche Politik unter Berufung auf "den Willen der Bevölkerung" weiter fortsetzen zu können. An diesem Tag sollen sich die werktätigen Menschen die Schlinge um ihren Hals selber enger ziehen, die ihnen ihr Dasein erschwert, einer Handvoll kapitalistischer Machthaber das Leben in Saus und Braus weiterhin ermöglichen soll.

Dies geschieht in einer Zeit, in der es ganz besonders die Absicht der herrschenden Kapitalistenklasse ist, ihre Profite auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung aufrecht zu erhalten und zu vergrößern. Dazu wollen sie am 21. Oktober von rund einem Drittel der österreichischen Bevölkerung ein "Ja". Mit ihrer Stimmenabgabe sollen die arbeitenden Menschen ein Bekenntnis ablegen dafür, daß sie einverstanden sind mit dem parlamentarischen Betrugssystem. Denn jede Stimme, die abgegeben wird, werten die Machthaber als Zustimmung zu ihrer Ausbeuterpolitik. Dabei ist es ihnen egal, welche Partei man wählen würde. Für alle Parteien gilt es, das bestehende System glaubhaft zu gestalten und zu erhalten; die Politik der Parteien ist letzten Endes immer gegen die Arbeiter gerichtet. Darum sind diese Wahlen echtes Theater. In diesem Wahltheater hat jede Partei ihre Rolle zu spielen, egal, ob sie SPÖ, ÖVP, FPÖ, "K"PÖ oder sonstwie heißt. Sie sind engagiert zu festen Bedingungen, nämlich zur Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutersystems, und erhalten ihren Preis dafür schon im vorhinein zugesichert. Jedem nach seinem "Wert" seine Posten und Pfründen. Die Bestätigung dafür lieferten und liefern sie selbst. Unabhängig vom Ausgang solcher "Wahlen" spekulieren sie über die beste Regierungsform. Einmal "große" Koalition, dann wieder "kleine" oder "Alleinregierung"; Programme und Versprechungen dienen nur dem Stimmenfang. Über die durchzuführende Politik sind sie sich einig. Das hat die bisherige Praxis bewiesen.

Dieses System, bei dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich nichts zu reden hat, nennt die herrschende Klasse "Demokratie". Wir nennen es die verschleierte Form der Diktatur der Bourgeoisie, mit der diese durch Betrug regiert solange sie kann.

Die herrschende Kapitalistenklasse hat eine heillose Angst davor, daß die arbeitende Bevölkerung diesen Betrug durchschaut. Deshalb spielt sie jetzt vor dem Volk künstlich geschaffene "Streitfragen" hoch, bei denen die "Entscheidung beim Wähler liege". Da gibt es die Ankündigung des "heißen Herbstes". Die Gedankenverbindung zu erfolgreichen Klassenkämpfen der Arbeiterschaft im Ausland soll dem Wahltheater Klassencharakter verleihen. "Baummord", "Umweltschutz", "UNO-City" usw. sollen verschleiern, daß bezüglich der Ausbeutungspolitik in Form von "Sozialpartnerschaft", "Mitbestimmung" usw. völlige Einigkeit besteht.

Aber in der arbeitenden Bevölkerung wird diesem Betrug schon weitgehend Mißtrauen entgegengebracht. Das ist ein guter erster Schritt. Dieses Unbehagen und Mißtrauen müssen wir vertiefen und seine Wurzeln der Bevölkerung erklären und durchschaubar machen. Wer die Macht hat, macht die Wahlen; die arbeitenden Menschen haben in Österreich nichts zu reden und niemanden zu wählen! Aus Mißtrauen und Unbehagen muß die klare Erkenntnis wachsen, daß die uns vorgegaukelte "parlamentarische Demokratie" nur die Herrschaft des Kapitals über die arbeitende Bevölkerung aufrechterhalten soll; muß die Erkenntnis wachsen, daß alle bestehenden Parteien der Kapitalsherrschaft dienen und die arbeitenden Menschen andere Wege beschreiten müssen, um über ihr Leben selbst entscheiden zu können.

Das Wahltheater bietet uns Marxisten-Leninisten und allen fortschrittlichen Kräften die Möglichkeit, mit unserer Agitation breite Teile der unzufriedenen Bevölkerung zu erfassen. Nicht in Form irgendeiner Wahlbeteiligung als "richtige Opposition", was nur neue Illusionen über den Parlamentarismus schaffen würde, sondern in Form von bewußt ungültig abgegebenen Stimmen oder des Wahlboykotts überhaupt als Ausdruck der Ablehnung der Kapitalsherrschaft. So können wir einer weitgehend entmutigten und perspektivlosen arbeitenden Bevölkerung neue klassenkämpferische Impulse und Erkenntnisse vermitteln.

Wir rufen daher alle Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Kräfte auf, sich an einer Kampagne für aktiven Wahlboykott zu beteiligen.

Wen Du auch wählst, Du wählst das Kapital! Keine Stimme den Ausbeutern — bewußter Wahlboykott!

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)













Nicht überall sind „die da oben" Schweine. Dschao Man-tsang, der stellvertretende Sekretär des Kreisparteikomitees Hsiyang (Bildmitte), sitzt nicht nur hinterm Schreibtisch, sondern arbeitet auch auf den Feldern. Hier während einer Besprechung mit den Bauern.

Chinas Funktionäre:

Diener des Volkes

„Was ihr da sagt, klingt ja ganz schön, aber wenn ihr selber an der Macht seid, dann werdet ihr genau solche Schweine sein wie die, die jetzt etwas zu reden haben." Das hören wir immer wieder. Und diese Meinung vieler Arbeiter ist leicht zu verstehen: Wie oft sind die Arbeiter von ihren Führern schon betrogen worden! 1918 wurde ihnen die Revolution gestohlen, 1934 kapitulierte die SP, und den Oktoberstreik 1950 verriet die ‚K'P; und auch internationale Erfahrungen wie die Wiederherstellung der Kapitalsdiktatur im sogenannten „Ostblock" haben dazu beigetragen, diese Anschauung den arbeitenden Menschen einzuprägen: „Die Oberen sind Schweine, und das wird immer so sein."

Schauen wir aber die Tatsachen an, sehen wir, daß es nicht immer so sein muß, daß die Arbeiter verraten und um ihre Macht gebracht werden. Die Kulturrevolution in China hat gezeigt, daß die Massen, wenn sie ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen, eine Wiederherstellung des Kapitalismus vereiteln können. Sie können jene "Führer", die sich zu Herren über das Volk aufschwingen wollen, stürzen. Damit nun dieFunktionäre, die ja Diener des Volkes sein sollen, ihre Verbundenheit mit den Arbeitern und Bauern bewahren, nehmen sie in China an der Produktionsarbeit teil.

Mao Tsetung sagte 1964: "Das System, nach dem die Funktionäre an der kollektiven Produktionsarbeit teilnehmen, muß unbedingt beibehalten werden. Die Funktionäre unseres Staates sind gewöhnliche Arbeitsmenschen und keine Herren, die auf dem Rücken des Volkes reiten." Von dieser Weisung angeleitet, ist die Teilnahme an der Produktion für die chinesischen Funktionäre zu einer ganz normalen Sache geworden. Als Beispiel dafür wollen wir den Kreis Hsiyang in der nordchinesischen Provinz Schansi nehmen.

In Hsiyang, einem Bauerngebiet, ist kein Kader von der kollektiven Produktionsarbeit befreit. Man hat erkannt, daß, wer nicht gut arbeiten kann, auch kein guter Funktionär ist. Die Kader haben Richtlinien, wieviel Zeit sie für die Produktionsarbeit aufwenden müssen. Dazu müssen wir uns ein wenig in der Verwaltung umsehen: Die Provinzen Chinas sind verwaltungsmäßig in Kreise eingeteilt, diese wieder in Volkskommunen. Die Volkskommune ist die höchste Form des kollektiven Eigentums der Bauern und zugleich die Basis, die unterste Ebene der Staatsmacht. Die Kommunen gliedern sich wirtschaftlich in die Produktionsbrigaden, die mehrere Produktionsgruppen umfassen. Die Funktionäre dieser vier Bereiche (des Kreises, der Kommune, der Produktionsbrigade und derProduktionsgruppe) arbeiten verschieden lange in der produktiven Arbeit mit. So müssen die Funktionäre des Kreises jährlich mindestens 100 Tage an der körperlichen Arbeit teilnehmen, die der Kommune 200 und die Kader der Produktionsbrigaden und -gruppen mindestens 300 Tage.

Wie arbeiten die Funktionäre Chinas?

Wie teilen sich die Funktionäre nun die körperliche und verwalterische Arbeit ein? Viele von ihnen haben gar kein Büro. Sie halten sich auf den Dörfern auf und erledigen hier auch ihre Verwaltung. Sie arbeiten tagsüber auf den Feldern und studieren nach der Arbeit gemeinsam mit den Bauern. Dabei bekommen sie auch gleich wertvolle Tips für die Verwaltung.

Aus der Erfahrung haben die Chinesen gelernt, daß wirkliche Erkenntnis nur aus der Praxis kommt. Deshalb sitzen die Funktionäre nicht in einsamen Büros, sondern arbeiten stets mit den Werktätigen zusammen. So sehen sie gleich am Arbeitsplatz die anfallenden Probleme und wissen, was zu erreichen ist. So werden sie also nicht von irgendeinem Schreibtisch aus praxisfremd etwas anschaffen. Und sie helfen gleichzeitig bei der Durchführung der Arbeitsaufgaben mit. Da sie also stets als Arbeiter mitten unter den Werktätigen stehen, können sie deren Vertrauen gewinnen und sie ideologisch und politisch von der Wichtigkeit bestimmter Produktionsaufgaben überzeugen. Und sie hören, was die Bauern sagen, eignen sich deren Fühlen und die Geschicklichkeit des Volkes an. Auf diese Weise kommt es dazu, daß die Kommunemitglieder sagen: "Die Kader von heute arbeiten und denken wie wir."

Wie ist es nun mit dem Verdienst der chinesischen Funktionäre? Sie verdienen entsprechend ihrer Leistung die gleichen Arbeitspunkte wie die Bauern. (Über die Entlohnung der chinesischen Bauern siehe auch den Artikel "Chinas Bauern ziehen Bilanz" in der Nr. 74 der "Volksmacht".) Es entsteht also keine einkommensmäßige Kluft zwischen den Bauern und ihren Funktionären.

In Hsiyang gibt es außer der Landwirtschaft noch etliche Fabriken, Bergwerke und andere Betriebe. Die dortigen Kader halten es so, daß sie einen halben Tag körperliche Arbeit und den anderen halben Tag Büroarbeiten verrichten. Außerdem gehen sie abwechselnd gruppenweise in die Dörfer, um bei den landwirtschaftlichen "Stoßzeiten", wie Aussaat und Ernte, den Bauern zu helfen. Um wertvolle Erkenntnisse nicht einer kleinen Gruppe vorzubehalten, tauschen alle Kader des Kreises ihre Erfahrungen bei regelmäßigen Zusammenkünften aus.

Eine falsche Linie wird besiegt

Doch die Vertreter der Bourgeoisie wie Liu Schao-Tschi und andere, die sich in die KP Chinas eingeschlichen hatten und den kapitalistischen Weg gingen, tischten verschiedene "Theorien" auf, um die Kader den Werktätigen zu entfremden und sie zu Werkzeugen für die Wiederherstellung des Kapitalismus zu machen. Sie verbreiteten die falsche Idee, daß die Geschichte von einigen "Genies" gemacht würde und nicht in

Tschen Yung-gui, Parteisekretär der Brigade Dadschai und Mitglied des ZK der Partei (links) pflanzt gemeinsam mit Kommunemitgliedern Reis um.

Und in Österreich? Da „pflanzen" die Herren Parteisekretäre mit ihrem Wahlkampftheater höchstens den Wähler.





Wirklichkeit vom Volk, das seine Geschicke in die eigenen Hände nimmt.

In der Kommune Sandu z.B. äußerte sich die falsche Linie so: Es gibt dort einen Fluß Sandugou, der regelmäßig großen Schaden anrichtete. Die Bauern wollten schon seit Jahren diese Gefahr durch Regulierungsarbeiten beseitigen. Die Funktionäre zögerten lange, dem Wunsch der Bauern nachzukommen. Sie trauten sich das Projekt nicht zu und wagten es nicht, sich auf die gemeinsamen Erfahrungen der Bauern zu stützen und die Kommunemitglieder zu dieser Arbeit zu mobilisieren.

Als aber dann Funktionäre und Bauern zusammen diese falschen Ideen kritisierten, riefen sie sich die richtige marxistisch-leninistische Lehre ins Gedächtnis, daß nur das Volk und niemand sonst die Triebkraft der Geschichte ist. So gewannen die Bauern und die Funktionäre Mut und Selbstvertrauen. Im vergangenen Oktober begannen 2.000 Menschen, 11 km Flußlauf zu regulieren und die Ufer in Ackerland zu verwandeln. Die Funktionäre verlegten ihre Büros an die Arbeitsstelle und arbeiteten als gutes Beispiel am Projekt mit. Statt in den geplanten vier Monaten wurde die Arbeit bereits nach 50 Tagen vollendet.

Am Kampf festhalten

Heute ist das System der Teilnahme an der Produktion für die Kader im Kreis Hsiyang eine normale Sache geworden. Das ist das Ergebnis des Kampfes zwischen den zwei Linien, der proletarischen und der bürgerlichen. Schon 1956, kurz nach Bildung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, organisierte das Kreisparteikomitee die Kader, an der kollektiven Produktionsarbeit teilzunehmen. Nach 1960 traten aber Störungen durch die revisionistische Linie Liu Schao-Tschis auf, der zusammen mit seinesgleichen dekadente Ideen der Ausbeuterklasse verbreitete, wie "Eintritt in die Partei um der Karriere willen" und "körperliche Arbeit ist eine Strafe". Ein heftiger Kampf entbrannte nun im Kreis, ob die Kader weiterhin in der Produktion arbeiten sollten oder nicht.

Genosse Tschen Yung-gui, der Parteisekretär der Brigade von Dadschai, und andere Kader aus dieser Brigade waren entschieden gegen diese falsche Linie und sagten: "Die Kader müssen weiterhin an der Produktion teilnehmen, damit sie nicht vom Volk, von der Produktionsarbeit und damit von der Praxis getrennt würden. Außerdem können sie nur so die guten Qualitäten der Werktätigen wahren." Die Brigade hatte 1963 großen Erfolg, weil sie auf die eigene Kraft vertraute. Obwohl das Jahr sehr verregnet war, war die Ernte ausgezeichnet. So wurde Dadschai ein Vorbild für das ganze Land und Mao Tsetung rief das chinesische Volk auf: "Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!"

Das gute Beispiel hatte auch seine Wirkung. Die Kader des gesamten Kreises Hsiyang, in dem Dadschai liegt, lernten von den dortigen Kadern und halten sich an die proletarische Linie der Weiterführung der Teilnahme der Kader an der kollektiven Produktion.

Während der Kulturrevolution entstand aus dem Kampf der Massen das Revolutionskomitee des Kreises. Dieses faßte die Lehren der Auseinandersetzung mit den Parteimachthabern, die den kapitalistischen Weg gingen, zusammen und bekräftigte, daß alle Funktionäre an der produktiven Arbeit teilnehmen müssen, denn dadurch (nach den Worten Mao Tsetungs) "unterhalten die Funktionäre maximal umfassende, kontinuierliche und enge Beziehungen zu den Werktätigen. Im System des Sozialismus ist das eine große Sache von grundlegender Bedeutung. Sie trägt dazu bei, den Bürokratismus zu überwinden und den Revisionismus und Dogmatismus zu verhüten." ●

Das Sprachrohr der nach Moskau orientierten indischen Revisionisten „Link" schrieb sinngemäß, daß der nun an die Macht gekommene Präsident von Afghanistan, Mohammed Daud Khan, im Grunde nichts zu befürchten habe, wenn er sich nur auf die UdSSR verlasse ... Solche Töne erinnern an Schutz und Hilfe für die ČSSR, an Schutz und Hilfe für Ägypten und ähnlich „beschützte" Staaten. In Ägypten sind die Sozialimperialisten hinausgeworfen worden, aber andere Länder haben, ob sie wollten oder nicht, nach einiger Zeit die bitteren Früchte dieses „Schutzes" und dieser „Hilfe" hinunterschlucken müssen und wünschen nichts sehnlicher, als dieser Schutz- und Hilfsbereitschaft der UdSSR zu entkommen. Auch in Afghanistan zeigen sich schon die ersten Folgen. Die UdSSR baute schöne Wohnblocks für die Einheimischen, aber – welch ein Zufall – jetzt wohnen lauter Sowjetbürger drin.



»Hilfe für Pakhtunistan«

Aber was für eine Politik verfolgt die UdSSR in diesem Land? Eine Politik der Ausbeutung, das ist sicher, aber was weiter? Bereits am 22. Juni (also mehrere Wochen vor dem Staatsstreich in Kabul) erschien in der offiziösen "Pakistan Times" ein Artikel, der im Lichte des Putsches in Afghanistan einen beinahe prophetischen Charakter annimmt.

In dem aus Kabul datierten Bericht hieß es, der seit März dieses Jahres dort im Exil lebende Generalsekretär der Nationalen Awamipartei, Ajmal Khattak, habe sich in "geheimer Mission" in Moskau aufgehalten. Nach seiner Rückkehr habe er vor Studenten in der afghanischen Hauptstadt erklärt, es sei mit "neuen Entwicklungen" zu rechnen, die schließlich zur Geburt Pakhtunistans führen würden. Im Gespräch mit Parteianhängern in Waziristan (im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan) sei Khattak noch weiter gegangen und habe betont, Kontakte "zur afghanischen Regierung sowie zu Vertretern Indiens, Bangladeschs und einer Großmacht" aufgenommen zu haben mit dem Ziel, "materielle Unterstützung" für den Kampf um ein "unabhängiges Pakhtunistan" und ein "freies Belutschistan" zu erhalten. Es wurde weiter angegeben, daß Khattak den 1. September als "Beginn der Operation" genannt habe.

Was die Sache interessant macht ist die Erklärung Mohammed Dauds kurz nach seiner Machtübernahme, die "pathanischen Brüder" auf der anderen Seite (in Pakistan) zu unterstützen, sollten sie sich zum Kampf um die Unabhängigkeit rüsten.

Die Pathanen sind gewissermaßen das "Staatsvolk" von Afghanistan, da sie die Mehrheit der dortigen Bevölkerung bilden. Ein Teil dieses Volkes lebt aber auch in den Nordwestprovinzen Pakistans und diese sollen nun "befreit" werden, um "Pakhtunistan", den Staat der Pathanen zu begründen. Eine ähnliche "Befreiung" seitens Afghanistans und des hinter ihm stehenden Rußlands droht durchaus auch den Belutschi im Iran. Belutschi leben sowohl in Persien als auch im benachbarten Afghanistan. Was liegt näher, als Südostpersien unter dem Vorwand des nationalen Befreiungskampfes einzustecken, wenn sich Persien nicht dem Sozialimperialismus gefügig erweist und sich nicht in das sowjetische System der kollektiven Sicherheit, d.h. der Oberherrschaft Rußlands, einordnet.

Überdies drängt sich in diesem Zusammenhang die Erinnerung an die sowjetischen Waffenfunde in der irakischen Botschaft in Pakistans Hauptstadt auf. Es ist bis zum heutigen Tag ein Geheimnis geblieben, für wen diese Waffen eigentlich bestimmt waren: Für die Belutschi im Iran, für die Pathanen in Pakistan oder aber für die Vorbereitung des Putsches in Afghanistan.

Der sowjetischen Führung kommt der Putsch in Afghanistan jedenfalls sehr "gelegen", ist ihre Absicht doch eine weitere Zerstückelung Pakistans, um ihren Einfluß in Südasien auszuweiten und China von Westen einkreisen zu können. Der Schwindel von der "nationalen Befreiung", der schon im Falle Ostpakistans ausprobiert wurde, wird auch diesmal wieder zur Anwendung kommen. Denn als Hitler von heute scheren sich die russischen Führer nicht um die Wahrheit, und jedes Mittel und jede Lüge ist ihnen zur Rechtfertigung ihrer Expansion recht. ●



Sozialistischer Wettbewerb

Lenin schrieb im Jahre 1918: "Zu den unsinnigsten Behauptungen, die die Bourgeoisie mit Vorliebe über den Sozialismus verbreitet, gehört auch die, die Sozialisten leugneten die Bedeutung des Wettbewerbs." Dem entgegnete Lenin, daß in Wirklichkeit erst der Sozialismus durch die Beseitigung der Versklavung der Massen zum ersten Male den Weg zu einem Wettbewerb "tatsächlich im Massenmaßstab" eröffnet. ("Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht".)

Im Sozialismus, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht innehat und darangeht, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen, kann erst die Schöpferkraft und der Arbeitsenthusiasmus der Massen zur Geltung kommen, die ja dann nicht mehr für die Kapitalisten, sondern für die Arbeitermacht und für ihre eigenen Interessen arbeiten.

Ein glänzendes Beispiel für den Wettbewerb der Arbeiter – nicht gegeneinander, sondern miteinander für die Revolution – ist der wirtschaftliche Aufschwung der Volksrepublik Albanien.

Albanien, einst eines der rückständigsten Länder Europas, ist heute unter der Volksmacht das Land mit dem größten Wirtschaftswachstum Europas. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres z.B. hat das albanische Volk unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens sämtliche Produktionspläne der Industrie erfüllt und übererfüllt. Von den Erdölprodukten über die Förderung von Kohle und Erz bis hin zur Erzeugung von Baumaterialien, Düngemitteln und Maschinen wurde die Produktion im geplanten Ausmaße gesteigert. In der Nahrungsmittelindustrie wurde zudem eine Reihe neuer Produkte hergestellt.

Auch der Bau des Eisen-Metallurgiekombinats von Elbasan machte rasche Fortschritte. Dieses Kombinat, das 1975 die Produktion aufnehmen soll, wird eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der albanischen Schwerindustrie spielen und die Grundlagen für eine albanische Maschinenbauindustrie schaffen.

Um den sozialistischen Aufbau auf dem Lande zu beschleunigen, haben die Arbeiter des Fernmeldewesens den Entschluß gefaßt, noch vor dem 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens Ende nächsten Jahres das Telephonnetz auf alle ländlichen Gebiete auszudehnen. Dank dem revolutionären Schwung der Arbeiter gibt es aber schon heute in neunzig Prozent aller Dörfer Telephon und es ist zu erwarten, daß es gar nicht mehr bis nächstes Jahr dauern wird, sondern daß die Arbeiten schon heuer vollendet werden.

In scharfem Kontrast zu den revisionistischen Ländern zeigt sich in Albanien am Aufschwung der Wirtschaft der Enthusiasmus der Volksmassen und die richtige Führung der Partei der Arbeit Albaniens. Alle Daten und Zahlen über die Wirtschaft dieses sozialistischen Landes sind nicht nur wichtig, weil sie den Aufschwung der Volkswirtschaft zeigen, sondern weil dieser Aufschwung nur möglich war und ist, weil die Arbeiter und Bauern die Herren des Landes sind. ●

für die volksmacht

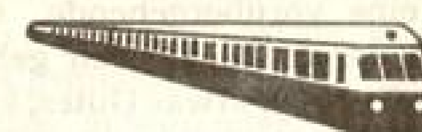
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Erscheint monatlich. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.



Drei Mille für den Hausherrn





„Besondere Verdienste" beim U-Bahn-Bau

Die Weltstadt Wien bekommt bekanntlich eine U-Bahn. Und weil wir in puncto U-Bahn gegenüber wirklichen Weltstädten so um die vierzig, fünfzig Jahre nachhinken, deshalb wird jetzt mit besonderem Elan gebaut, um den Rückstand wettzumachen. Es ist darum eine wahre Freude, den Bohrmaschinen und den Baggern zuzusehen, wie sie sich durchs Wiener Erdreich fressen. Das heißt: wie sie sich fraßen. Denn sie kamen nur bis zum Franz-Josefs-Kai; dort bissen sie auf Granit. Mit gewöhnlichem Granit würden die Baumaschinen ja nun fertigwerden, aber der Granit, auf den sie beißen, heißt leider Dr. Rosna, besitzt die Mehrheitsanteile des Hauses Wien 1, Franz-Josefs-Kai 21, und verlangt für die Erlaubnis, den U-Bahn-Stollen unter seinem Besitz hindurchführen zu dürfen, die Kleinigkeit von 3 Millionen Schilling. Tja, da ist guter Rat jetzt wirklich teuer, denn die Gemeinde Wien könnte sich mit dem Dr. Rosna natürlich bis zum Obersten Gerichtshof hinaufstreiten, wenn, ja wenn die Einstellung der Bauarbeiten bis dahin nicht noch mehr Geld verschlänge als 3 Millionen. Die Gmoa wird also blechen müssen.

Die AZ, die Zeitung, die sich was traut, ist deshalb auch schon furchtlos gegen den Hausherrn des Hauses Franz-Josefs-Kai 21 mit dem Vorwurf zu Felde gezogen, daß er sich an der Gemeinde „gesundstoßen" wolle. Nur, daß der Hausherr Dr. Rosna heißt, das hat er leider nicht gewußt, der AZ-Redakteur, weshalb er diskret auch keinen Namen nannte. Und das ist gut so, daß der Redakteur so gar keine Ahnung hat von dem, was in der Unterweltstadt Wien vorgeht, sonst müßte er seinen Lesern vielleicht erklären, daß der gute Rosna nichts mit der traditionellen Hausherrenpartei ÖVP zu schaffen hat, sondern daß er vielmehr SPÖ-Mitglied ist; schlimmer noch, nicht nur gewöhnliches Mitglied, sondern SPÖ-Gemeinderat in Baden. Gell, da schaust, Herr Redakteur?

Wenn wir jetzt aber dem braven — und inzwischen wohl schon etwas blaß oder zumindest blaßrosafarben gewordenen — AZ-Leser noch verraten, daß der Doktor Rosna nicht nur Hausherr ist, sondern bis vor kurzem auch noch Vorstandsmitglied der SP-Mietervereinigung(!) war, dann beginnt er vielleicht doch ein wenig über seine Parteifunktionäre nachzudenken. Als Denkhilfe, nur so zum Drüberstreuen, sei deshalb erwähnt, daß der Herr Rosna in seiner Funktion als Mieterschützer nicht nur vor Gericht angeblich die Mieter schützte, sondern als Privatanwalt gleichzeitig auch Hausherren verteidigte. D a s ist ein Geschäftsmann!

Und somit sind wir an dem Punkt, an dem sich ein Vorwurf an die SPÖ nicht mehr vermeiden läßt. Ein Mann nämlich, der sich in der einen Gemeinde als sozialer Mandatar, in der andern als beinharter Kapitalist, in dem einen Gerichtssaal als Beschützer der Armen und im andern als Verteidiger der Reichen erweist, ein solcher Mann müßte in der Regierungspartei, verdammtnochmal, doch zu Höherem berufen sein als zu einem kleinen Gemeinderatsmandat. Denn eine solche Wendigkeit, eine derart kaltschnäuzige Gerissenheit, eine dermaßen ins Ungeheuerliche übersteigerte Demagogie bringt ja normalerweise nicht einmal ein Minister zustande. Oder — etwa doch? ●

Ein Leserbrief

Wie das Statistische Zentralamt bekannt gab, beträgt die faktische Arbeitszeit der österreichischen Arbeiter im Schnitt 44,7 Stunden in der Woche, also fast ebensoviel wie vor der "schrittweisen Einführung der 42-Stunden-Woche"!

Die Grazer "Neue Zeit" (vom 15. Juli) schreibt zu dieser Meldung, die sie als "Beweis für den Fleiß der Österreicher" bejubelt: "Die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit hat bis jetzt noch zu keiner wesentlichen Verkürzung der tatsächlichen Arbeitszeit geführt, da... viele Überstunden geleistet werden müssen." Das SP-Blatt fügt in einem Kommentar zynisch hinzu, diese statistische Erhebung habe "den vielgehätschelten Traum (!) von einer verkürzten Arbeitszeit, die... lediglich auf dem Papier steht, gründlich zerstört".

Somit hat sich die Kritik der VRA am Schwindel mit der "Arbeitszeitverkürzung" voll und ganz bewahrheitet. Auch eine andere Feststellung der VRA, daß nämlich immer mehr die Frau zu den Haushaltskosten beitragen muß, damit die Arbeiterfamilie ein Auskommen hat, wird jetzt offiziell bestätigt.

Nach einer Statistik der Arbeiterkammer und der Sozialversicherung ist der Anteil der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren an der Gesamtzahl der berufstätigen Frauen von 26,2 Prozent im Jahre 1961 auf 46,5 im Jahre 1969 gestiegen. Und "dieser Prozentsatz nimmt weiter zu", berichtet die Grazer "Kleine Zeitung" am 15. Juli. Gleichzeitig wird festgestellt, daß die Frauen in Österreich durchschnittlich um 2o Prozent weniger verdienen als die Männer!

So sieht der "soziale Wohlfahrtsstaat" aus!

H. R., Steiermark ●

Zum X. Parteitag der chinesischen Kommunisten

Vom 24. bis 28. August 1973 fand der zehnte Parteitag der KP Chinas statt. Über die nun in deutscher Sprache vorliegenden Berichte von Tschou En-lai und Wang Hung-wen, die Parteistatuten und das Pressekommuniqué werden wir in der VRA noch ausführlich diskutieren. Nachstehend ein Auszug aus der Rede Tschou En-lais:

Über die Lage und unsere Aufgaben

Stets lehrt uns Vorsitzender Mao: Wir befinden uns nach wie vor in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Aufgrund der marxistischen Grundsätze hat Lenin den Imperialismus einer wissenschaftlichen Analyse unterzogen und den **„Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“** bezeichnet. Lenin stellte fest, daß der Imperialismus der monopolistische Kapitalismus, der parasitäre oder in Fäulnis begriffene Kapitalismus, der sterbende Kapitalismus ist. Lenin wies darauf hin, daß der Imperialismus alle Widersprüche des Kapitalismus bis zum höchsten Grad verschärft hat. Aus diesem Grund erklärte Lenin: **„Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“**, und stellte die Theorie und Taktik für die proletarische Revolution in der Epoche des Imperialismus auf. Stalin sagte: **„Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.“** Das ist vollkommen richtig. Nach dem Tode Lenins sind in der Weltlage gewaltige Veränderungen vor sich gegangen. Aber die Epoche bleibt unverändert, die Grundprinzipien des Leninismus sind nicht überholt und bleiben nach wie vor die theoretische Grundlage, von der sich unser Denken heute leiten läßt.

Die gegenwärtige internationale Lage ist durch großen Aufruhr in der ganzen Welt gekennzeichnet. „Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg.“ Das beschreibt genau, wie sich die von Lenin analysierten verschiedenen Grundwidersprüche in der Welt heute zeigen. Die Entspannung ist eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung, der große Aufruhr geht aber weiter. Ein solcher Aufruhr ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker. Er bringt die Feinde in Verwirrung und differenziert sie, erweckt und stählt die Völker und gibt Impulse dafür, daß sich die internationale Lage weiter zugunsten der Völker und zuungunsten des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder entwickelt.

Das Erwachen und Erstarken der Dritten Welt ist ein bedeutendes Ereignis in den internationalen Beziehungen unserer Zeit. Die Dritte Welt hat sich im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und die Machtpolitik der Supermächte noch enger zusammengeschlossen und spielt eine wachsende Rolle in internationalen Angelegenheiten. Die großartigen Siege der Völker der drei Länder Vietnam, Laos und Kambodscha im Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression und zur Rettung der Nation haben die Völker der ganzen Welt im revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und den Kolonialismus gewaltig ermutigt. Im Kampf des koreanischen Volkes für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung des Vaterlands hat sich eine neue Situation ergeben. Der Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen die Aggression des israelischen Zionismus, der Kampf der Völker Afrikas gegen den Kolonialismus und die Rassendiskriminierung, der Kampf der Völker Lateinamerikas um 200-Seemeilen-Territorialgewässer und um Wirtschaftszonen gehen weiter. Der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit sowie zum Schutz der staatlichen Souveränität und der nationalen Ressourcen hat sich in die Tiefe und Breite entwickelt. Die Dritte Welt und die Völker Europas, Nordamerikas und Ozeaniens unterstützen und ermutigen einander in ihrem gerechten Kampf. Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution — das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden.

Wie Lenin sagte, „. . . **ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie“.** Heute sind es in der Hauptsache die beiden nuklearen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die miteinander um die Hegemonie ringen. Sie machen jeden Tag ein großes Geschrei um Abrüstung, betreiben aber in Wirklichkeit täglich Aufrüstung. Ihr Ziel ist Erringung der Weltherrschaft. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist. Aus der Proklamierung eines Europa-Jahres und der Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz ist ersichtlich, daß der strategische Schwerpunkt ihres Ringens in Europa liegt. Der Westen ist stets darauf bedacht, den Sowjetrevisionismus nach Osten zu lenken und diesen Unheilstifter auf China abzuleiten. Schön wäre es nur, solange „im Westen nichts Neues“ ist. China ist ein Stück schmackhaftes Fleisch, das alle gern verspeisen möchten. Doch dieses Stück Fleisch ist so zäh, daß seit vielen Jahren schon keiner es anbeißen kann. Mit dem Ende des „Superspions“ Lin Biao ist der Zugriff noch schwieriger geworden. Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, „ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen“, er intensiviert das Ringen in Europa und forciert seine Expansion dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu und nach allen Gebieten, nach denen er seine Hände ausstrecken kann. Das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie ist die Quelle der Unruhe in der Welt. Das läßt sich durch ihre mannigfaltigen Vorspiegelungen nicht vertuschen und wird heute von immer mehr Völkern und Staaten durchschaut, das stößt auf heftigen Widerstand in der Dritten Welt und löst in Japan und in den Ländern Westeuropas Unzufriedenheit aus. Die beiden Oberherren — die USA und die Sowjetunion — sind ins Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten und haben es immer schwerer. Sie befinden sich in einer Lage, die durch die Verszeile illustriert wird: „Da stehst du machtlos da: die Blüten fallen nieder.“ Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche vom Juni dieses Jahres und die Entwicklung seither beweisen das noch deutlicher.

„Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht.“ Die Ambitionen der beiden Oberherren, der USA und der Sowjetunion, sind eine Sache; ob sie sich verwirklichen lassen, ist eine andere. Man will China verschlukken, findet es aber zum Anbeißen zu hart; von Europa und Japan läßt sich ebenfalls nichts abbeißen, geschweige denn von der ausgedehnten Dritten Welt. Seit der Niederlage in seinem Aggressionskrieg gegen Korea geht es mit dem USA-Imperialismus immer mehr bergab. Er gibt offen zu, daß er immer mehr verfällt; er wurde gezwungen, aus Vietnam abzuziehen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Herrscherclique des Sowjetrevisionismus von Chruschtschow bis Breshnew einen sozialistischen Staat in einen sozialimperialistischen Staat entarten lassen. Sie hat nach innen den Kapitalismus restauriert, übt eine faschistische Diktatur aus und unterjocht alle ihre Nationalitäten, wodurch sich die politischen und wirtschaftlichen Widersprüche wie auch die Widersprüche zwischen den Nationalitäten mit jedem Tag verschärfen; nach außen hin ist sie in die Tschechoslowakei eingefallen und hält sie besetzt, sie hat große Truppenkontingente an der Grenze Chinas zusammengezogen, Truppen in die Mongolische Volksrepublik entsandt, sie unterstützt die landesverräterische Clique um Lon Nol, unterdrückte die Rebellion der polnischen Arbeiter, mischte sich in Ägypten ein und hat die Ausweisung ihrer Spezialisten dort verursacht, sie hat Pakistan zerstückelt und betreibt eine subversive Tätigkeit in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern — diese ganze Reihe von Tatsachen haben ihre scheußliche Fratze als neue Zaren und ihr reaktionäres Wesen völlig bloßgelegt, das heißt, sie übt **„Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat“.** Je mehr üble und anrüchige Taten sie verübt, desto schneller wird der Tag kommen, da sie das Sowjetvolk und die anderen Völker der Welt ins Museum der Geschichte verweisen werden.

Neuerlich redet die Renegatenclique um Breshnew viel Unsinn über die chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Sie behauptet, China sei gegen die internationale Entspannung, China wolle die chinesisch-sowjetischen Beziehungen nicht verbessern, usw. usf. Diese Worte sind an das Sowjetvolk und die Völker aller Länder gerichtet, im hoffnungslosen

Versuch, deren freundschaftliche Gefühle für das chinesische Volk zu trüben und das wahre Gesicht der neuen Zaren zu verschleiern. Diese Worte sind noch viel mehr an die Adresse der Monopolkapitalisten gerichtet, in der Hoffnung, für die Verdienste im Feldzug gegen China und gegen den Kommunismus mehr Trinkgeld zu bekommen. Das war Hitlers alter Trick, aber Breshnew führt ihn noch viel ungeschickter vor. Wenn du so sehr für Entspannung in der Welt bist, warum tust du nicht etwas, was deine Aufrichtigkeit beweisen könnte, zum Beispiel, die Truppen aus der Tschechoslowakei oder aus der Mongolischen Volksrepublik abzuziehen und die vier Nördlichen Inseln an Japan zurückzugeben? Muß denn China, das kein fremdes Territorium besetzt hält, den Sowjetrevisionisten seine Gebiete nördlich der Großen Mauer restlos abtreten, um einen Beweis dafür zu liefern, daß wir für die Entspannung der Weltlage eintreten und bereit sind, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern? Das chinesische Volk läßt sich weder hinters Licht führen noch einschüchtern. Die prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen China und der Sowjetunion dürfen die beiden Länder nicht daran hindern, ihre Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu normalisieren. Die chinesisch-sowjetische Grenzfrage muß ohne jegliche Bedrohung durch Verhandlungen friedlich geregelt werden. **„Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden; wer uns angreift, hat aber unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen"** — das ist unser konsequentes Prinzip. Und wir halten immer Wort.

Hier müssen wir darauf hinweisen, daß es nötig ist, die Kollaboration und die Kompromisse zwischen dem Sowjetrevisionismus und dem USA-Imperialismus von den notwendigen Kompromissen revolutionärer Staaten mit imperialistischen Staaten auseinanderzuhalten. Lenin sagte treffend: **„Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muß es verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen jedes Kompromisses oder jeder Spielart eines Kompromisses zu analysieren. Man muß es lernen, den Menschen, der den Banditen Geld und Waffen gegeben hat, um das Übel, das die Banditen stiften, zu verringern und ihre Ergreifung und Erschießung zu erleichtern, von dem Menschen zu unterscheiden, der den Banditen Geld und Waffen gibt, um sich an der Teilung der Banditenbeute zu beteiligen."** („Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus") Der Abschluß des Vertrags von Brest-Litowsk mit dem deutschen Imperialismus von seiten Lenins gehört zur ersteren Kategorie; was Chruschtschow und Breshnew, die Lenin verraten haben, taten und tun, gehört zu letzterem Fall.

Lenin stellte mehrmals fest, daß Imperialismus Aggression und Krieg bedeutet. Vorsitzender Mao wies in seiner Erklärung vom 20. Mai 1970 darauf hin: **„Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."** Solange die mit jedem Tag mehr erwachenden Völker aller Länder die Richtung klar erkennen, ihre Wachsamkeit erhöhen, ihre Geschlossenheit festigen und im Kampf ausharren, wird es möglich sein, den Krieg zu verhindern. Falls der Imperialismus stur einen Krieg vom Zaune bricht, wird das unweigerlich in der ganzen Welt Revolutionen noch größeren Ausmaßes hervorrufen und seinen Untergang beschleunigen.

In der gegenwärtigen, ausgezeichneten Lage im Inland wie in der internationalen Arena ist es äußerst wichtig, Chinas Angelegenheiten mit Erfolg zu regeln. Deshalb muß unsere Partei international am proletarischen Internationalismus festhalten, auf einer konsequenten Politik der Partei beharren, die Einheit mit dem Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt festigen, die Solidarität mit allen jenen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus ausgesetzt sind, verstärken und die breitestmögliche Einheitsfront bilden, um den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus, insbesondere die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zu bekämpfen. Wir müssen uns mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der Welt vereinigen und den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu Ende führen. Im Inland müssen wir die grundlegende Linie und Politik der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus befolgen, auf der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats beharren, uns mit allen Kräften zusammenschließen, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, uns anstrengen, unser Land zu einem mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen, und somit einen relativ großen Beitrag für die Menschheit leisten.

Wir müssen uns an die Weisungen des Vorsitzenden Mao halten: **„Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!"** und **„Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten!"** und gegenüber einem eventuellen Aggressionskrieg seitens des Imperialismus und besonders gegenüber einem Überraschungsangriff des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus gegen unser Land hohe Wachsamkeit bewahren und alle Vorbereitungen treffen. Die heldenhafte Volksbefreiungsarmee und die breiten Massen der Volksmiliz müssen zu jeder Zeit bereit sein, den eindringenden Feind zu vernichten. ●

Gegen den Strom

"Gegen den Strom" – so hieß ein Sammelband von Artikeln, in welchem Lenin während des Ersten Weltkrieges gegen die Verräter am proletarischen Internationalismus in der II. Internationale, die ins Lager "ihrer" Bourgeoisie übergelaufen waren, kraftvoll und unbeirrt zu Felde zog. Jener "Strom" des Chauvinismus hatte in allen kriegführenden Ländern zeitweilig breite Massen der Arbeiter erfaßt. Auch so bekannte unmittelbare Schüler von Marx und Engels wie G. Plechanow hatten sich der Kriegspartei angeschlossen, indem sie den "Kampf gegen den preußischen Militarismus" oder (in Deutschland und Österreich) den "Kampf gegen den despotischen Zarismus" als "sozialistische" Losungen ausgaben. (Ebenso stellen heute die sozialdemokratischen Führer des Westens die Aggressions- und Kriegspolitik des US-Imperialismus als "Kampf für Freiheit und Demokratie", die modernen Revisionisten hingegen die Expansions- und Hegemoniepolitik des russischen Sozialimperialismus als "Kampf für den Sozialismus, gegen den Imperialismus" hin.)

Es ist nicht zu leugnen, daß sich die Verräter an der Spitze der II. Internationale in der Anfangsphase des ersten imperialistischen Weltkrieges von 1914 bis 1918 auf eine chauvinistisch hochgepeitschte Massenstimmung berufen und, gestützt darauf, ihre verhängnisvolle Politik der Unterstützung des Völkermordens durchführen konnten. Sogar "linke" Sozialdemokraten wie Max Adler haben damit die Verratspolitik der Führer der II. Internationale noch bis Anfang der dreißiger Jahre gerechtfertigt. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich an eine Diskussion junger Marxisten mit Max Adler, in welcher dieser erklärte: "Die Kommunisten beschuldigen die sozialdemokratischen Führer, 1914 Verrat an der Arbeiterklasse geübt zu haben. Doch die breiten Massen der Arbeiterschaft selbst sind begeistert unter den Fahnen der Habsburger-Monarchie für den Krieg marschiert. Wären damals die Führer gegen den Krieg aufgetreten, hätten sie sich von den Massen isoliert." Doch gerade in einer solchen Situation rief Lenin dazu auf, gegen den Strom zu schwimmen. Und das ist es eben, was wirkliche Marxisten von Revisionisten unterscheidet.

★

Auf dem Ende August abgeschlossenen zehnten Parteitag der KP Chinas wird in dem von Genossen Wang Hung-wen erstatteten Referat über die Änderung des Parteistatuts darauf verwiesen, daß in der Geschichte der Partei des öfteren viele Genossen falsche Ansichten für richtig gehalten und unterstützt haben, daß jedoch die richtige marxistisch-leninistische Linie Mao Tsetungs "gegen den Strom" gekämpft und schließlich gesiegt hat. Und Tschou En-lai stellte in seinem Bericht an den Parteitag fest: "Wenn eine falsche Theorie gleich einer hochgehenden Flutwelle uns entgegenbrandet, dürfen wir nicht fürchten, in Isolierung zu geraten, sondern müssen kühn gegen den Strom schwimmen und diese Tendenz, koste es, was es wolle, überwinden." Genosse Tschou En-lai zitierte bei dieser Gelegenheit folgenden wichtigen Ausspruch Mao Tsetungs: "Gegen den Strom schwimmen – das ist ein marxistisch-leninistischer Grundsatz."

Dieser Grundsatz ist so wichtig, daß ihn die KPCh in ihr abgeändertes Statut aufgenommen hat. Dort heißt es: "Alle Genossen in der Partei müssen den revolutionären Geist haben, kühn gegen den Strom zu schwimmen." Und Wang Hung-wen zog in seinem Referat aus dieser Erkenntnis eine überaus radikale Schlußfolgerung: "Wo es sich um die Linie, um die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist, frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen, den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten könnte."

★

Um nicht mißverstanden zu werden, müssen wir eines betonen: Bei diesem "Strom" handelt es sich um eine widrige Strömung, d.h. um einen der Grundtendenz der geschichtlichen Entwicklung zuwiderlaufenden Trend. Dieser Trend entspricht logischerweise dem Widerstand der Ausbeuterklasse gegen die sozialistische Revolution, der sich immer wieder, einmal so, einmal anders äußern muß. Doch die Hauptströmung ist die der proletarischen Revolution, und diese Strömung überwindet schließlich alle widrigen Strömungen; freilich im Laufe einer sehr langen Kampfperiode. Das sind die theoretischen Grundlagen unserer Erkenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten des "Auf" und "Ab" in der Geschichte, worüber auch die Grundsatzerklärung der VRA klar Auskunft gibt.

Die österreichischen Marxisten-Leninisten

erblicken in den oben erwähnten Erkenntnissen des zehnten Parteitages der KPCh eine ebenso notwendige wie heilsame Lehre für sich selber. Vor genau zehn Jahren machten die revolutionären Arbeiter den ersten Versuch einer organisierten marxistisch-leninistischen Rebellion gegen die revisionistisch entartete "K"PÖ. Dieser Versuch scheiterte schon in seinen Anfängen. Kurz darauf erschien die erste Nummer der "Roten Fahne", und die österreichischen Marxisten-Leninisten schlossen sich mit Franz Strobl zusammen, der sich jedoch bald als Karrierist, Betrüger und revisionistischer Heuchler erwies. Strobl spaltete mutwillig die junge marxistisch-leninistische Bewegung in Österreich, indem er nacheinander jeden, der ihn irgendwie kritisierte, "ausschloß". Ende 1966 begannen sich die Marxisten-Leninisten, die den Verräter Strobl durchschaut hatten, zu sammeln, und im März 1967 erschien die erste Nummer der Zeitung "Kommunist", Vorläufer des Zentralorgans der VRA "Für die Volksmacht". Ein Jahr danach wurde die "Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (Marxisten-Leninisten)" gegründet.

Seither "schwimmen" wir faktisch ununterbrochen "gegen den Strom": Gegen den Strom der Korrumpierung breitester Massen der Werktätigen durch den kapitalistischen "Konsumterror", gegen den Strom der "permanenten Reformen", in den die bürokratisch-kapitalistischen Machthaber an der Spitze der SPÖ die große Mehrheit der Arbeiter Österreichs einbezogen haben; gegen den Strom der scheinheiligen revisionistischen "K"PÖ-"Opposition", die längst in das kapitalistische Ausbeutersystem unseres Landes integriert ist, jedoch die Frechheit besitzt, den Arbeitern einen "Sozialismus" zu versprechen, wenn sie sich der russischen imperialistischen Supermacht unterwerfen.

Wir wissen, daß sich letzten Endes die objektiven Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung durchsetzen müssen, wie hartnäckig und scheinbar dauerhaft die widrigen Strömungen auch sein mögen, oder, was praktisch auf dasselbe hinausläuft - daß schließlich die Volksmassen ihre wahren Interessen erkennen werden. Ihnen dazu Wegweiser zu sein - das ist eben die geschichtliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Arbeiter. Unermüdlich unsere Arbeitskollegen aufzuklären und zu praktischen Kämpfen zu mobilisieren - das ist unser "Schwimmen gegen den Strom"! ●

Nenning — der »Linke vom Dienst« als SP-Wahlhelfer

Die Kapitalisten rufen wieder einmal zu den Wahlen. In zwei Bundesländern sollen am 21. Oktober die Werktätigen einer der Kapitalsparteien ihre Stimme geben. Aber egal wie man stimmt - jede Stimmenabgabe, ganz gleich für welche der bestehenden Parteien, wird von den Herrschenden als ein "Ja" für ihr parlamentarisches Betrugssystem gewertet. Denn die arbeitenden Menschen haben in dieser Gesellschaft nichts zu reden und zu entscheiden. In Wirklichkeit hält nämlich das Kapital alle Zügel in der Hand und in den "Wahlen" sucht es nur eine Legitimierung seiner Herrschaft durch den angeblichen "Volkswillen". Das Wesen dieser bürgerlichen Demokratie hat Karl Marx in seiner Analyse der Erfahrungen der Pariser Kommune klar ausgesprochen: Die Unterdrückten haben das Recht, einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk ver- und zertreten soll! Um aber die Lüge aufrechtzuerhalten, daß die Arbeiter durch den Urnengang irgendwas in ihrem Sinne bestimmen könnten, prasselt ein Trommelfeuer der Propaganda auf die werktätige Bevölkerung nieder.

An dieser Propaganda beteiligt sich auch Nenning, der Linke vom Dienst der SPÖ. In einem mit "Ferienglück" betitelten Artikel in der Juli/August-Nummer seines "Neuen Forums" will er beweisen, daß alles, was fortschrittlich und "links" ist, die SPÖ unterstützen müsse. Dabei wendet er sich gegen "zauberkundige Zirkel von Buchstabenmarxisten", womit er vor allem die Marxisten-Leninisten meinte, deren Theorien ihm zu wenig Ertrag "zu Handen der Sozialdemokratie" liefern.

Nenning schreibt, daß die SPÖ unter dem Druck von Niederlagen steht und daß sie deshalb neuer "Denk- und Handlungsmodelle" bedarf. Damit zeigt er, daß die SP-Führer neue demagogische Phrasen, einen neuen "Schmäh" brauchen, um die Arbeiter noch betrügen und hinter der SP vergattern zu können. Das braucht die SP schon deshalb, weil die Unzufriedenheit mit ihrer Politik wächst. Die SPÖ führt schon drei Jahre die Regierungsgeschäfte. Die SP-Regierung ist nämlich für das Monopolkapital die beste und einfachste Art der Regierung. Denn die SPÖ kann die Arbeiterklasse mittels des Gewerkschaftsbundes niederhalten und mit sozialreformerischen Phrasen betrügen, während sie, durch keine innerparteilichen Zwistigkeiten mit Vertretern der kleinen und mittleren Bourgeoisie behindert(wie es die ÖVP ist), ungehemmt die Politik der großen Monopole, die Politik der Ausplünderung des Volkes und der Rationalisierung der Profitwirtschaft durchführen kann. Diese Politik ist auch im Interesse der SP-Führer, die ja selber Monopolkapitalisten sind. Ihre Politik hat unter den Arbeitermassen großen Unmut hervorgerufen. Das weiß auch Nenning und er drückt das so aus: "Daß die SP mit dem Kapitalismus zusammenarbeitet, das weiß sie selber am besten" und "daß bei dieser Zusammenarbeit für die abhängigen Massen zuwenig herausschaut, auch das weiß die SP bestens und ebendrum hat sie Bauchweh vor den kommenden Wahlen." Das ist auch der Kern des ganzen Nenningschen Artikels: Die SP hat Bauchweh vor den Wahlen.

Um deshalb für die Sozialdemokratie Reklame zu machen, behauptet Nenning, daß sie zwar für die arbeitende Bevölkerung etwas tun wolle, aber es nicht könne. Denn "der reale Spielraum der Sozialdemokratie ist ziemlich eng. Zwar hat sie die parlamentarische Mehrheit. Aber für saftigere Gesetze (Verfassungsbestimmungen) braucht sie die 2/3-Mehrheit, d.h. Verständigung mit der ÖVP."

Dieses Gerede über die Zweidrittel-Mehrheit ist aber nichts als Schwindel. Was will denn eine Partei mehr als die absolute Mehrheit? Die SPÖ hat soviel versprochen, was zwar überhaupt nicht an den Festen der kapitalistischen Gesellschaft gerüttelt hätte, was aber zur Durchsetzung bloß einfache Mehrheit erfordert hätte.

Aber es stellte sich heraus, daß alle Versprechungen nur Wahldemagogie waren. Wenn aber die SP nicht einmal einfache Gesetze durchsetzt, dann ist es mit dem Argument mit der Zweidrittel-Mehrheit nicht weit her.

Deshalb wohl bietet Nenning auch noch weitere Entschuldigungen an, von denen die allerdümmste wohl die ist, daß die SPÖ ja



nichts tun könne, weil sie sonst von den parteiunabhängigen Massenmedien als "blutrot bolschewistisch" verteufelt würde!

Und da halt die SP ohne Zweidrittel-Mehrheit nichts tun kann, muß sie, so meint Nenning, strategisch notwendige Zusammenarbeit mit bestimmten Fraktionen des Kapitals treiben. Wenn Otto Bauer, um die Arbeiter von der Revolution abzuhalten noch ausrief: "Gebt uns 51 Prozent", so vertröstet heute Nenning auf die 2/3-Mehrheit, um die arbeiterfeindlichen Maßnahmen, welche die SP-Führer auf Schritt und Tritt setzen, zu beschönigen. Aber die Tatsachen sprechen lauter als Worte.

Die SPÖ dient dem Kapital. Das gilt auch für alle anderen bestehenden Parteien, mögen sie ÖVP, FPÖ, "K"PÖ oder sonstwie heißen. ●